lehnte ausdrücklich ab, sich an den Scharfmachereien des Herrn von der Nachbarfraktion zu beteiligen.

Wie Dove, mit dessen Rede die Sonnabendsitzung schloß, steht sich auch der erste — der Zeit nach — Redner des Tages, der recht langweilige Nationalliberale **Patzig** von allzu plumpen Invektiven fern.

Am besten sprach — trotz aller Verbeugungen vor den Agrariern, Zünftlern und selbst den Manchestermännern — unstreitig Graf **Posadowsky**. Er stellte das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine noch für diese Session in Aussicht — wenn die Geschäftslage des Hauses es erlaubt. Er verschwieg, daß die Regierung an der ungünstigen Geschäftslage Schuld trägt. Die Krankenversicherung der Heimarbeiter soll in der nächsten Session vorgelegt werden. Die sozialpolitische Debatte wird am Montag fortgesetzt.

Farbe bekennen!

Trotz der Mobilisation sämtlicher Machtmittel des preußischen Staates sind die Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen ruhig verlaufen. Das Bürgertum, das sich in Aengsten vor der „Revolution" wand, hat sich allgemach wieder etwas von seinem Schrecken erholt. Aber es ist ein Irrtum, wenn es glauben sollte, es könne nun in Frieden schnarchen; der Sturmlauf des klassenbewußten Proletariats gegen das elendeste und widersinnigste aller Wahlsysteme sei mit dem 21. Januar vorläufig zum Stillstand gekommen. Aus dieser Täuschung werden sie unsanft aufgerüttelt durch folgende **Petition**, die die preußischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes am Sonntage abgesandt haben:

An die beiden Häuser des Preußischen Landtages zu Berlin.

Am 21. Januar haben Hunderttausende von preußischen Staatsangehörigen in vielen Hunderten von Versammlungen, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei angeregt hatte, gegen das für die Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtages geltende Dreiklassenwahlsystem energisch protestiert; dieselben haben weiter resolviert, daß sie an Stelle des Dreiklassenwahlsystems die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, verlangen und daß die Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden sollen.

Die Protestierenden sind bei ihren Forderungen von der Ansicht ausgegangen, daß das bestehende Dreiklassenwahlsystem, um mit dem Fürsten Bismarck zu reden, das widersinnigste und elendeste Wahlsystem ist, das existiert. Daß auf Grund desselben eine Wahl, durch die der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt, unmöglich ist, wird schon dadurch bewiesen, daß die stärkste Partei im preußischen Staate, die sozialdemokratische Partei, die bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 über 1600000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte und 27 Abgeordnete in den Reichstag sandte, und bei der Abgeordnetenwahl für die Zweite Kammer im Herbst 1903 über 315 000 Stimmen, d. h. nahezu 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, auch nicht einen Vertreter in die Zweite Kammer des Landtages zu entsenden vermochte.

Das arbeitende Volk Preußens, auf dem in erster Linie die Existenz und die Wohlfahrt des Staates beruht, ist also von jeder Vertretung seiner Interessen im Landtage ausgeschlossen. Dieser plutokratische Charakter des geltenden Dreiklassenwahlsystems ist seit seiner Einführung durch Oktroyierung im Jahre 1849 immer stärker zum Ausdruck gekommen. **Das geltende Wahlsystem ist also der blutigste Hohn auf Recht und Gerechtigkeit.** Eine Handvoll Staatsangehörige, die durch die Kleinheit ihrer Zahl unfähig wäre, den Staat zu erhalten, hat die ganze politische Macht in den Händen und diktiert Gesetze, wie sie ihr die Förderung ihrer Klasseninteressen vorschreibt.

Ein solch ungeheuerlicher Zustand muß notwendig bei der großen Wählermasse der 3. Klasse Haß und Erbitterung oder Gleichgültigkeit gegen den Bestand eines Staatswesens hervorrufen, das die sehr große Mehrheit seiner Bürger als Heloten behandelt, indem es sie zu politischen Nullen degradiert.

Wir richten deshalb im Namen der vielen Hunderttausende, die am 21. Januar gegen die schreiende Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlsystems protestierten, an die beiden Häuser des Landtages hiermit ergebenst das Ersuchen:

Dieselben wollen beschließen:

Die Regierung aufzufordern, so schleunigst wie möglich den beiden Häusern des Landtages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen zum Landtage erhalten und diese Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden.

Berlin, den 3. Februar 1906.

Hochachtungsvollst ergebenst:
die preußischen Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands:
Bebel. Eberhardt. Molkenbuhr. Pfannkuch. Singer. Wengels.

„Es handelt sich eigentlich um den wahren Grund, warum ich die Tanzstunden besucht habe."

„Um den wahren Grund, sagen Sie? — —" Ottilchen heftete ihre Augen mit naiver, trotzdem schlauer Verwunderung auf ihn.

„Ja, um den wahren Grund. Ich bin wahrheitsliebend."

„Glaube ich Ihnen etwa nicht?"

Koldinsky errötete. Dann die Augen schließend, wie wenn er sich blind ins Feuer stürzen wollte, brachte er plötzlich tonlos hervor:

„Um Ihretwillen bin ich hingegangen."

„Meinetwegen? Wegen — nein?" verwunderte sich Ottilchen. „Und warum? sagen Sie mir!" fragte sie eindringlich, mit ihrem rosigen, rundlichen Arm seinen Ellenbogen streifend.

Koldinsky stockte beinahe vor vorzeitiger Freude. Seine blassen Wangen färbten sich; der ganze Salon drehte sich vor ihm im Kreise herum.

„Wissen Sie," stieß er hervor, „ich liebe Sie. Und — und haben Sie mich auch lieb?"

Ottilchen wurde ernst. Sie blickte starr auf die Spitzen ihrer kleinen Füßchen und versank in Nachdenken. Sie schien schwer über das zu sinnen, was sie ihm antworten sollte. Endlich schlug sie wichtig die Augen auf und heftete sie auf den jungen Mann, der wieder blaß geworden war. Eine Ewigkeit dünkte ihm der Augenblick, ehe Ottilchen antwortete.

„Sie haben mich also lieb — —" sagte sie mit trauriger Stimme, „und Sie möchten gerne wissen, ob auch ich Sie lieb habe."

Koldinsky schnürte etwas die Kehle zu.

„Ob auch ich Sie lieb habe?" wiederholte Ottilchen. „Ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Ich habe Sie ein wenig lieb, aber nur wie einen Freund. Liebe, wie Sie sie meinen, kann ich Ihnen nicht entgegenbringen. Ich biete Ihnen aber und widme Ihnen — meine Freundschaft. Wollen Sie? Nehmen Sie meine Freundschaft an?"

(Fortsetzung folgt.)

Krawalle in den Kirchen.

ch. r. **Paris**, 2. Februar.

Die Kirche hat einen guten Magen. Doch kann sie nicht bloß die gewohnte Ungerechtigkeit, sondern auch die Gerechtigkeit, die ihr geschieht, nicht vertragen. Das Trennungsgesetz, das, wie wir wissen, die Toleranz und Sanftmut selbst ist, erheischt eine gewisse Formalität bei der Uebertragung des Kircheneigentums, die in einer amtlichen Aufzählung und Eintragung desselben besteht. Diese Maßregel wurde sogar von den Kirchenfreunden selbst verlangt. Sie geschieht im Interesse der Kirche, die unter einem neuen Namen — Kultus-Gesellschaft — die Verwaltung der kirchlichen Güter behält. Als nun aber die Beamten des Fiskus sich anschickten, diese Formalität zu erfüllen, begegneten ihnen die Gottesdiener und frommen Christen mit Lästerungen und Protesten. Sie riefen ihre Schafe zusammen, die ihre christliche Nächstenliebe durch Prügeln, Schimpfen und in einigen Kirchen auch durch Blutvergießen bekundeten. Die Pariser Kirchen verwandelten sich auf diese Weise in Krawallstätten.

Die Regierung traf alle Maßnahmen, um die wirklichen oder vermeintlichen religiösen Gefühle nicht zu verletzen. Sie verzichtete darauf, in die geheimen Kirchenschätze einen profanen Blick zu werfen. Sie schrieb ihren Agenten das maßvollste Benehmen vor. Alles half nichts. Die blinden Fanatiker wollten absolut ihren Lärm haben. Sie wollten eine imposante turbulente Protestbewegung hervorrufen. Es gelang ihnen aber lediglich, einige peinliche Skandale zu provozieren. Das Land im großen und ganzen blieb ruhig. Das ärgert die Reaktion. Sie schürt und hetzt. Sie will absolut Märtyrer für ihre Sache und ... die bevorstehenden Wahlen auf die möglich billigste Weise zu ihren Gunsten wenden.

Und was war das Resultat? Ein paar Dutzend Polizeiagenten und ebensoviel Beamte, die, beiläufig bemerkt, mit Leib und Seele der Kirche ergeben sind, wurden tüchtig durchgeprügelt. Da die Polizei es nicht mit Arbeitern zu tun hatte, ließ sie es sich mehr oder weniger gefallen ...!

Etwas anders dachte darüber die Kammer. Man interpellierte die Regierung. Genosse Allard und Abgeordneter Briand griffen die Skandalmacher und schwarzen Ränkeschmiede scharf an. Nach einer stürmischen Debatte, in der ein Kirchenmann die Regierung als „Mörder" bezeichnete wegen der von ihren Agenten bezogenen Prügel, sprach die Kammer das Vertrauen aus, daß die Regierung dem von den Volksvertretern angenommenen Gesetze die gebührende Achtung verschaffen würde.

In der Provinz geht es fast ruhig zu. Die Führer verstecken sich hinter den Kulissen. Die Helden lassen die alten Weiber beider Geschlechter vormarschieren und für Gott und — ihre Neuwahl kämpfen. Die Sache hat sonst keine besondere Bedeutung.

Die Kirche wird trotz ihres Herzenswunsches keinen Religionskrieg in Frankreich entfachen können. Die Franzosen haben dafür zu viel Verstand und zu wenig — Glauben.

•

Die Tagesmeldungen lauten:

Paris, 4. Februar. Der Pfarrer der Clotildenkirche richtete an den Kardinalerzbischof von Paris ein Schreiben, in dem er als Pfarrer seiner Kirche und als Generalvikar der Diözese seine Entlassung gibt, weil trotz seines ausdrücklichen Verbotes ein Teil seiner Pfarrangehörigen gewaltsamen Widerstand gegen die Inventaraufnahme geleistet und so das Ansehen und die Würde der Geistlichkeit aufs schwerste verletzt habe. Die hervorragendsten kirchlichen Persönlichkeiten des Sprengels St. Germain und St. Sulpice richteten an die betreffenden Pfarrer Schreiben, in denen sie erklärten, daß sie jeden weiteren Beitrag für diese Kirchen verweigern, weil die Pfarrer sich bemüht hätten, eine gewaltsame Kundgebung zu verhindern.

Der Untersuchungsrichter hat am Sonnabend verschiedene Mitglieder des Klerus, die an Exzessen bei der Inventaraufnahme beteiligt waren, verhört. Zeugen bestätigten, daß mehrere der angeschuldigten Priester nicht nur den Widerstand organisiert, sondern auch selber Tätlichkeiten gegen die Vertreter der Behörden begangen hätten.

Als die Wachtmänner mühsam durch eine Oeffnung in der Barrikade das Innere der Kirche Gros-Caillou betraten, sausten auf jeden Kopf, der aus der Oeffnung auftauchte, Stockhiebe nieder. Erst als es 20 Wachtleuten gelang, einzudringen, nahmen diese ihre Revanche und schlugen darauf los. Während man die blutüberströmten Personen, Wachtleute und Manifestanten, aus der Kirche trug, hatte der Polizeipräfekt Lépine einen heftigen Auftritt mit Baron Reille, der keines anderen Wortes mächtig war als „Mörder". Dem Pfarrer gelang es endlich, den Baron Reille zu beruhigen. Die Stimmung war in den aristokratischen Kreisen nach dem Tag andauernd kampfeslustig. Man rechnet stark auf eine umfassende Aktion in der Provinz. Die Regierung ist auf geeignete Mittel bedacht, um eine Wiederholung der aufregenden Szenen zu verhindern.

Das Pariser Zuchtpolizeigericht hat gegen die Personen, die innerhalb und außerhalb der Kirchen Kundgebungen veranstaltet haben, auf leichte Haftstrafen erkannt. Von den bei den Vorgängen in der Kirche St. Pierre du Gros-Caillou verhafteten zwei Munizipalräten ist der eine freigesprochen worden. Das Verfahren gegen den zweiten wurde vertagt.

Die Inventaraufnahme ging am Sonnabend in den Pariser Kirchen St. Severin, St. Paul, Notre Dame, St. Anne, im Stadtteil Maison Blanche ohne Störung vor sich.

Als die Domänenagenten das Inventar der Kathedrale in Montpellier aufnehmen wollten, fanden sie die Kirche von mehreren tausend Personen besetzt und mußten von ihrem Vorhaben abstehen. Es kam zu einigen Zusammenstößen ohne ernsten Charakter.

In der Kathedrale von Rouen kam es am Sonnabend bei der Inventaraufnahme zu Ruhestörungen, auch gegen den Erzbischof Fuzet, den man für einen Republikaner hält.

Bei der Inventaraufnahme hatte sich vor der Kathedrale von Reims eine so große Menschenmenge eingefunden, daß es den Beamten nach Beendigung der Aufnahme nur möglich war, sich durch das mit der Kathedrale in Verbindung stehende erzbischöfliche Palais zu entfernen. Der Erzbischof wurde von der Menge heftig getadelt, weil er den Beamten den Zutritt gestattet hatte.

Die Revolution in Rußland.

Vor den Dumawahlen.

Petersburg, 3. Februar. Wie die Nowoje Wremja meldet, ist den Mitgliedern des Reichsrats und den Beamten der Staatsdruckerei unter Androhung der sofortigen Entlassung verboten worden, Vertretern der Presse irgend welche Mitteilungen zukommen zu lassen. Die Meldung, daß Graf Witte erklärt habe, die unbeschränkte Gewalt des Kaisers werde durch das Manifest vom 30. Oktober in keiner Weise berührt, hat die Petersburger und Moskauer Abteilungen des Verbandes vom 30. November veranlaßt, in einer Sitzung dazu Stellung zu nehmen. Der Verband sei dafür, daß das Manifest vom 30. Oktober die Gewalt des Monarchen beschränkt, nur den historischen Titel „Selbstherrscher" unberührt läßt, der vom Grundgesetz nicht mit dem Begriff der „unbeschränkten Herrschaft" identifiziert werde. Wegen des Eides auf die Verfassung spricht sich der Verband dahin aus, daß der Eid nicht vom Kaiser Nikolaus, wohl aber von seinem Nachfolger zu leisten sei.

Petersburg, 3. Februar. (Meldung der P. T.-A.) Der Stadthauptmann von Petersburg hat das Verbot der politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen aufgehoben. Sie sollen in Zukunft unter den im Reglement vom 25./10. angeführten Bedingungen erlaubt sein.

Moskau.

Im Moskauer Butyrski-Gefängnis brach vor mehreren Tagen ein **Hungerstreik der politischen Gefangenen** aus, weil die Gefängnisadministration einen Studenten ungerechtfertigterweise in den schweren Kerker gesperrt hatte. Auch beklagten sich die Gefangenen über schlechte Verpflegung und verschiedene Repressalien. Die Gefangenen erhalten die gewöhnliche Arrestantenkost, berühren sie aber nicht, sondern ernähren sich von dem, was einigen von ihnen durch Verwandte zugestellt wird. Der Staatsanwalt leitete eine Untersuchung wegen der Einkerkerung des erwähnten Studenten ein, worauf er dessen Befreiung nach verbüßter Strafe mitteilte. Angeblich ist infolgedessen der Hungerstreik beendet worden.

Aus den Ostseeprovinzen.

Petersburg, 4. Februar. Die Lage in den baltischen Provinzen verschlimmert sich wieder zusehends. Bei Bukkume kam es zwischen Truppen und Letten, unter denen sich auch Frauen befanden, zu einem Zusammenstoß, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Petersburg, 3. Februar. (Meldung des Tag.) Die Kriegsgerichte in den baltischen Provinzen gehen mit eiserner Strenge gegen die Schuldigen vor. In den letzten zwei Wochen wurde eine große Anzahl Revolutionäre erschossen, allein in Fellin 53 Mann, und zwar die Urheber der Verwüstungen in den Kreisen Fellin und Weißenstein. (Die Behauptung ist unwahr. Die Hälfte der Verurteilten wurde, wie derselbe Korrespondent berichtet, ohne besonderes Gerichtsverfahren gemordet. D. Red.) Sie alle waren unmittelbar nach ihrer Festnahme ins Gefängnis geschafft worden, wo ihnen erklärt wurde, daß schon am nächsten Tage die Todesstrafe sie ereilen werde. Die Verhafteten fielen auf die Knie und baten den Rittmeister Grafen Siewers um Gnade, doch vergeblich. Mit gefesselten Händen wurden sie nach Empfang des Abendmahls zum Ufer eines dort gelegenen Sees geführt. Am Fuße eines alten Schlosses war bereits ein großes Grab gegraben. Zahlreiche Einwohner hatten sich eingefunden, um dem schaurigen Drama beizuwohnen. Weinend und zitternd beim Anblick des Massengrabes, fielen alle Todeskandidaten abermals vor dem Rittmeister Siewers auf die Knie, und einer bat im Namen aller, sie zu der schwersten Zwangsarbeit zu verurteilen, sie auf die entfernteste Insel zu verschicken, wo sie Tag und Nacht arbeiten wollten, ihnen aber nur das Leben zu schenken. Da ertönte das Kommando zum Beginn der Exekution. Alle Hoffnung war zu Ende, mit dem Gesicht zur offenen Grube kniete die erste Abteilung der Verurteilten nieder. „Gebt Feuer!" erscholl weithin das Kommando. Eine Rauchwolke erhob sich, dann ertönte furchtbares Geschrei und Gewimmer. Viele waren nur verwundet worden, sie lebten auch noch nach Abgabe der zweiten Salve, worauf der kommandierende Offizier, um ihren Qualen ein Ende zu machen, sie mit dem Revolver erschoß. Die Zuschauer konnten dieses furchtbare Bild nicht ertragen und liefen weinend und schreiend davon. 26 Personen waren ohne besonderes Gerichtsverfahren erschossen worden, vermutlich war ihre Schuld klar erwiesen. (!!) Unter den Hingerichteten befanden sich zwei Knaben im Alter von 15 und 17 Jahren, Söhne eines Estländers aus Oberpahlen. Sie wurden deshalb erschossen, weil ihr Vater aus dem Hinterhalt auf einen Offizier gefeuert hatte, der mit einigen Soldaten das Haus betreten wollte, um dort versteckte Revolutionäre zu arretieren. Der Vater war entflohen, statt seiner mußten die Söhne seine Schuld büßen. Häufig trifft die Revolutionäre auch die Strafe von 150 bis 200 Rutenstreichen, eine Exekution, die auch vereinzelt an Frauen und Schülern ausgeführt wird.

Riga, 31. Januar. (Voss. Ztg.) Die offiziösen Nachrichten über den Erfolg des militärischen Einschreitens zur Unterdrückung des lettischen Aufstands sind allzu rosig gefärbt.

Mitau, 3. Februar. Mehrere Bewaffnete drangen in das Krankenhaus zu Libau ein, verwundeten die Wachen, schleppten einen Mann fort, der am Tage vorher schwer verletzt auf der Straße gefunden worden war, und warfen ihn ins Meer. (!!)

Polen.

Warschau, 4. Februar. Eine Infanteriepatrouille erschoß in der Chlodnagasse einen Arbeiter und verletzte eine Frau. In Lublin wurden die Redakteure von zwei Lokalblättern von dem Kriegs-Generalgouverneur jeder zu 1000 Rubel Geldstrafe oder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Aus Lodz wird hierher telegraphiert, daß dort in der Baluty-Vorstadt die Menge den berüchtigten Dieb Gelinski in der Zgierskastraße erdolchte. Ein Arbeiter erschoß seinen Genossen Ulrich; der Täter wurde verhaftet. Ein politischer Mord wird aus Pabianice gemeldet, indem unbekannte Arbeiter den Fabrikbuchhalter Malinowski erschossen. In Kowno drangen Anarchisten in das Haus des bekannten Rabbiners Benjamin Spektor und forderten von ihm 500 Rubel. Als der Rabbi ablehnte, erschossen die Räuber den Sohn und verwundeten Spektor schwer.

Finnland.

Stockholm, 4. Februar. Die hier aus Helsingfors eingetroffenen Blätter enthalten einen Entwurf für die neue finnische Volksvertretung. Nach ihm soll der Landtag aus einer Kammer mit wahrscheinlich 200 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder des Landtags sollen auf drei Jahre gewählt werden. Für die Wahlen sollen außer den im Wahlgesetz festgelegten Bestimmungen noch folgende Regeln gelten: Wahlberechtigt sind alle finnischen Bürger, Männer und auch Frauen, die über 21 Jahre alt sind. Von der Wahl ausgeschlossen sind die Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte befinden. Wählbar sind alle Personen mit 25 Jahren, in Ausnahmefällen mit vollendetem 24. Jahr. Ein Abgeordneter kann nur in dem Wahlkreis gewählt werden, zu dem er gehört. Strenge Maßnahmen werden gegen Wahlbeeinflussung getroffen. Die Landtagsmitglieder erhalten 1400 M. Diäten jährlich. Während der laufenden Periode gewählte Abgeordnete erhalten, wenn sie mindestens 90 Tage Abgeordnete waren, 5 M. täglich.

Das Kaukasusgebiet.

Petersburg, 4. Februar. Auch im Kaukasus erneuern sich die Unruhen. Die Stadt Samtredi, ein wichtiger Knotenpunkt der kaukasischen Eisenbahn, ist vollständig niedergebrannt worden. Hierdurch ist die Entsendung von Truppenverstärkungen sehr erschwert. Die Brände in Kutais und Umgegend dauern fort. In Tiflis und Elisabethpol erneuerten sich die Massakers zwischen Mohammedanern und Tataren. Aus Baku kommen ebenfalls Meldungen über neue Unruhen.

Die Bauernbewegung.

Kaschira (Gouvernement Tula), 3. Februar. Der auf Vorschlag des Finanzministers hier aus Großgrundbesitzern und Bauern gebildeten Agrarkommission zur Erwerbung von Land durch Vermittlung der Bauernagrarbank sind von 80 Dorfgemeinden Kaufankündigungen zugegangen. 8 Gutsbesitzer erklärten sich bereit, Land zu verkaufen.

Moskau, 4. Februar. Der Adelsmarschall Fürst Trubetzkoi äußerte sich in einem Interview, daß er für das Frühjahr eine Agrarbewegung schärfster Art erwarte und daß es bei der Landverteilung zwischen den Bauern selbst zu blutigen Kämpfen kommen werde. Es sei daher dringend notwendig, daß die Reichsduma baldigst einberufen werde.

Leutnant Schmidt.

Odessa, 4. Februar. Die Anklageschrift gegen den Leutnant Schmidt beschuldigt den letzteren, daß er die Meuterei der Matrosen deshalb angestiftet habe, um die bestehende Staats„ordnung" zu stürzen und die Republik zu proklamieren.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Februar. In Bundesratskreisen wird es für ausführbar gehalten, die Reform der Strafprozeßordnung im Reichstag in der nächsten Tagung vorzulegen.

— Dem Reichstage ist die Fortsetzung der Denkschrift des Großen Generalstabes über den Aufstand in Südwestafrika zugegangen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19060205/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG